



Our Europe

Jobs
Social progress
Environment

**SPE-RAT
WIEN, 24. - 25. JUNI 2005**

Vom Rat verabschiedete Entschließung

SPE-Prioritäten für die politische Agenda der EU 2006

Europa benötigt eine tiefgreifende Debatte. Wir sollten das Vertrauen der BürgerInnen wiedererlangen, indem wir erneut zu einem Raum von Wachstum und Beschäftigung, von Solidarität und Modernisierung der sozialen Sicherheit werden, um den Menschen zu helfen, in Zeiten der Umwälzung und der Herausforderung der Globalisierung zu leben und zu arbeiten.

Europa benötigt einen *New Deal*. Nun liegt es an den europäischen Sozialdemokraten, diesen neuen Vorschlag zu formulieren und deutlich zu machen, dass es eine Alternativroute gibt, anstatt einfach in nationale Interessen zu verfallen und das europäische Projekt aufzugeben.

Die Antwort liegt in der Verbesserung der Lebensumstände unserer Völker, indem wir ihnen bei Globalisierung, Arbeitsplatzsicherheit und Renten zur Seite stehen, und in der Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen und der Lebensstandards. Wir benötigen mehr europäische Solidarität, um ein höheres Maß an Kohäsion zwischen reichen und armen Regionen zu gewährleisten; ein effizienteres wirtschaftliches und soziales Europa, um alle BürgerInnen zu schützen und ihnen mehr Möglichkeiten zu bieten; ein Plus an Wirtschaftskoordination und gemeinsamen Investitionen, um Wachstum und Beschäftigung anzukurbeln; mehr politisches Europa, um unsere Werte in der Welt gemeinsam zu verteidigen; und ein demokratischeres Europa im Dienste unserer BürgerInnen.

Im April 2004 hat die Sozialdemokratische Partei Europas ihr Wahlmanifest für die EU-Parlamentswahlen 2004 vorgelegt: „Growing Stronger Together“. In diesem Manifest wurden fünf SPE-Verpflichtungen für die bevorstehende Legislaturperiode dargestellt:

- Europas Wachstum ankurbeln, Armut bekämpfen sowie mehr und bessere Arbeitsplätze schaffen;
- Die Europäische Union näher an ihre BürgerInnen heranbringen;
- Die Migration in den Griff bekommen und die soziale Integration weiterverfolgen;
- Eine sicherere, nachhaltigere, friedfertigerere und gerechtere Welt aufbauen;
- Europa als Raum der Demokratie und der Gleichberechtigung fördern.

Im Anschluss an die Wahlen zum EU-Parlament und die Bestellung der Europäischen Kommission hat die SPE ihre Ziele mit Blick auf die politische Agenda der EU den EU-Institutionen in unserer politischen Erklärung „Europa entwickeln 2004-2009“ vom Dezember 2004 nähergebracht. Wir haben festgelegt, dass uns drei Grundsätze bei der





Verwirklichung unserer Manifest-Verpflichtungen leiten und das formen sollten, was Europa in dieser politischen Amtszeit für seine BürgerInnen bereithält. Diese Grundsätze sind Wohlstand; Gleichberechtigung; Solidarität:

Wohlstand: Wir müssen darauf abzielen, mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen, und auf unser Ziel der Vollbeschäftigung hinarbeiten, was für die Schaffung eines nachhaltigen Wohlfahrtsstaates und eine bessere Lebensqualität für all unsere BürgerInnen grundlegend ist. Unser Wohlstand muss umweltfreundlich sein.

Gleichberechtigung: Wir müssen Diskriminierung und Misshandlung aufgrund von Geschlecht, Rasse, sexueller Neigung, Alter und Behinderung abschaffen.

Solidarität: Wir müssen die Voraussetzungen für sozial aufnahmefähige Gesellschaften schaffen, die am meisten Bedürftigen beschützen und Leistungen der Daseinsvorsorge bieten, damit der Wohlstand allen BürgerInnen zugute kommt.

Die SPE möchte bei der Umsetzung ihrer Verpflichtungen im Verlauf dieser Legislaturperiode schrittweise vorgehen. Schwerpunktmäßig behandeln unsere jährlichen Prioritäten Schlüsselthemen, derer sich die EU annehmen sollte, um die Voraussetzungen für Wohlstand, Gleichberechtigung und Solidarität in Europa zu schaffen.

Die SPE appelliert an die Europäische Union und an all unsere Partner – auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene – an der Umsetzung dieser Prioritäten in der EU festzuhalten.

Wohlstand

Im Wahlmanifest der SPE bestand die erste Verpflichtung darin, das Wachstum anzukurbeln, die Armut zu bekämpfen sowie mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen.

Europa leidet unter dauerhaft niedrigem Wachstum, wodurch die sozialdemokratischen Ziele Vollbeschäftigung, höherer Lebensstandard und qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen gefährdet sind. Die EU-Erweiterung hat Europa zum größten Wirtschaftsraum der Welt gemacht. Das muss jetzt zum Vorteil unserer einzelnen Volkswirtschaften genutzt werden.

Die EU-Mitgliedstaaten gehören zu einem Binnenmarkt, der ein hohes Maß an wirtschaftlicher Interdependenz und Wohlstand ausgelöst hat. Wir verfügen über die Instrumente, um diese wirtschaftliche Interdependenz für die Schaffung von mehr und





besseren Arbeitsplätzen sowie für die Steigerung des tatsächlichen und potenziellen Wachstums einzusetzen.

Eine neue europäische Strategie für Wachstum und Investitionen muss unter Einsatz aller EU-Instrumente – die existierenden Grundzüge der Wirtschaftspolitik, Wachstums- und Stabilitätspakt sowie Lissabon-Strategie – mit Blick auf unser Primärziel der Förderung von Wachstum und Wohlfahrt für alle BürgerInnen entwickelt werden. Im Besonderen die Lissabon-Strategie wird in nationale Programme übertragen, die von Juni bis November 2005 vorbereitet und in den nächsten 3 Jahren umgesetzt werden sollen.

Überdies müssen derartige Bemühungen hinsichtlich mehr Wachstum auf nachhaltigen Energiequellen aufbauen, was Europas Abhängigkeit von umweltschädlichen Energieträgern senkt. Europa muss zukunftsorientierte Energiepolitiken entwickeln, die unsere Volkswirtschaften und unsere Gesellschaften auf die Zukunft vorbereiten. Unsere Umwelt ist unsere wertvollste Ressource und muss proaktiv genutzt werden, um für nachhaltigen Wohlstand zu sorgen.

Als Weltregion muss Europa die Herausforderung des Klimawandels durch progressives Umstellen auf nachhaltige Energiequellen annehmen. Die Umstellung auf erneuerbare Energie ist unabdingbar und sollte in Form einer starken und kohärenten Verpflichtung zum Erreichen klar definierter Ziele erfolgen.

Wenn Europa langfristig florieren soll, müssen sich Wachstum, Investitionen und Nachhaltigkeit gegenseitig stärken.

Mit Blick auf die Schaffung von nachhaltigem Wohlstand in Europa plädiert die SPE für:

- 1. Eine mehrjährige europäische Wachstums- und Investitionsstrategie für mehr und bessere Arbeitsplätze.** Eine der Herausforderungen, vor denen die Europäische Union steht, ist die Frage, wie die Mittel für Forschung, Innovation und Bildung aufgestockt werden können.
- 2. Eine gemeinsame Anstrengung der Mitgliedstaaten und der europäischen Institutionen zur Verdoppelung der Zielvorgabe für erneuerbare Energie.**

Gleichberechtigung

Im SPE-Wahlmanifest aus dem Jahr 2004 hat sich die SPE selbst dazu verpflichtet, Gleichberechtigung zu fördern und jegliche Form der Diskriminierung zu bekämpfen. In unserem Manifest plädieren wir für eine Steigerung der Beteiligungsquote von Frauen und den Abbau der Hindernisse, die Frauen von der Aufnahme einer Arbeit abhalten.

Gleichberechtigung muss ein Grundsatz, aber auch gängige Praxis an europäischen Arbeitsplätzen sein. Wir müssen unsere Bemühungen intensivieren, um gegen





Diskriminierung vorzugehen, die Europas sozialen und wirtschaftlichen Interessen entgegenwirkt.

Diskriminierung am Arbeitsplatz ist innerhalb der Europäischen Union noch viel zu weit verbreitet, insbesondere aufgrund von Rasse und Geschlecht. Sie beschneidet Grundrechte und ist abträglich für die Beteiligung am Arbeitsmarkt.

Ein primäres Ziel ist die Abschaffung von dem geschlechtsspezifischen Gehaltsgefälle, das europäische Volkswirtschaften vom Erreichen einer größeren weiblichen Beteiligung am Arbeitsmarkt abhält und die echten Fähigkeiten und das Potenzial der weiblichen Arbeitnehmerschaft unterbewertet.

Mit Blick auf die Förderung von Gleichberechtigung in Europa plädiert die SPE für:

- 3. Effektivere europäische Rechtsvorschriften und Umsetzung zur Bekämpfung der Diskriminierung am Arbeitsplatz, insbesondere bzgl. gleicher Bezahlung von Mann und Frau sowie Vereinbarkeit von Beruf und Familie.**
- 4. Effektivere Rechtsvorschriften, um Gewalt gegen Frauen in der Gesellschaft, in Konflikten und Krisensituationen sowie den Handel mit Frauen und Kindern auszumerzen.**

Solidarität

Im SPE-Wahlmanifest kam unsere Verpflichtung zum Ausdruck, das europäische Sozialmodell zu festigen und Arbeitnehmerrechte durch die Stärkung der europäischen sozialen Rechtsvorschriften zu verteidigen sowie bezahlbare, zugängliche und qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen zu gewährleisten.

Leistungen der Daseinsvorsorge, eine Grundvoraussetzung für das Wohlbefinden aller BürgerInnen, bilden den Kern der Werte und Ziele der Sozialdemokratie. Diese Dienstleistungen – darunter Gesundheit, Bildung, Sozialvorsorge – bilden das Fundament für soziale Kohäsion und Chancengleichheit in unseren Gesellschaften. Im Lichte der gegenwärtigen Mobilmachung für einen Binnenmarkt der Dienstleistungen möchte die SPE sicherstellen, dass der angemessene Rechtsrahmen für Leistungen der Daseinsvorsorge in der Europäischen Union erstellt wird.

Zudem muss Solidarität nicht nur in sondern auch unter den EU-Mitgliedstaaten erreicht werden. Das ist für das europäische Sozialmodell grundlegend. Wirtschaftliche und soziale Kohäsion ist ein Hauptziel der Europäischen Union, muss aber erst noch erreicht werden.

Die Erweiterung um zehn neue Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa war für die Europäische Union 2004 ein historischer Meilenstein. Dies sollte mit Bulgarien und Rumänien im Rahmen des festgelegten Kalenders unter der Voraussetzung, dass beide





Our Europe

Jobs
Social progress
Environment

Länder ihren Verpflichtungen nachkommen, seine Fortsetzung finden. Erhebliche Ungleichheiten hinsichtlich Reichtum und Lebensstandard zwischen neuen und alten Mitgliedstaaten offenbaren aber, dass nach wie vor ein tiefer Graben Europa teilt. In den nächsten Jahren muss die EU konzertierte Anstrengungen unternehmen um sicherzustellen, dass diese Trennlinie durchbrochen wird.

Mit Blick auf die Förderung von Solidarität in und unter den EU-Mitgliedstaaten plädiert die SPE für:

5. **Im Lichte der aktuellen Bestrebungen für einen Binnenmarkt der Dienstleistungen möchte die SPE sicherstellen, dass der angemessene Rechtsrahmen für Leistungen der Daseinsvorsorge in der Europäischen Union festgesetzt wird.** Die SPE fühlt sich dem Schutz der besonderen Werte und Merkmale öffentlicher Dienstleistungen verpflichtet – darunter auch Verpflichtungen universeller Dienste, garantierte Dienstleistungsqualität und -kontinuität, Verbraucherrechte und Erschwinglichkeit. Die SPE wird sich mit den besten Möglichkeiten zum Erhalt dieser besonderen Werte auseinandersetzen und darüber konsultieren.
6. **Den Ausbau gemeinsamer Anstrengungen für wirtschaftliche und soziale Kohäsion zwischen den Mitgliedstaaten, darunter beispielsweise die Entwicklung trans-europäischer Netze.**
7. **Die Festigung des europäischen Sozialmodells und die Verteidigung der Arbeitnehmerrechte durch Stärken der europäischen Sozialgesetzgebung.**

